

3213/J XXI.GP

Eingelangt am: 13.12.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Andrea Kuntzl, Renate Csörgits
und Genossinnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Gefährdung des Sicherheitsbedürfnisses der Neubauer Bürgerinnen

In diversen Gesprächen mit Bürgerinnen des Wiener Gemeindebezirkes Neubau wurden den unterzeichneten Abgeordneten die Nöte und Sorgen der Bezirksbevölkerung über die Sicherheitssituation ausgedrückt. Die bevorstehende Abwanderung des Bezirkspolizeikommissariates, die unklare Situation über die eventuelle Schließung von Wachzimmern sowie die mangelnde personelle Ausstattung - bedingt durch den rigorosen Sparkurs der Bundesregierung von ÖVP und FPÖ - führen zu einer Verunsicherung der Bürgerinnen, die von Seiten der Sozialdemokratischen Verantwortlichen nicht akzeptiert werden kann.

Der zuständige Bundesminister steigert die Verunsicherung der Neubauer Bürgerinnen durch sein beharrliches Schweigen und das Nichtbeantworten der an ihn gerichteten Fragen.

Die Sozialdemokratischen Bundesräte haben am 19. Juli d.J. ein Paket an Dringlichen Anfragen eingebracht und zum Thema Polizeiwachzimmer im Allgemeinen Teil folgendes ausgeführt:

Am 29. Juni d.J. hat in Wien ein Roundtable - Gespräch zum Thema Sicherheit stattgefunden, an dem sich die Bezirksvorsteher aller Wiener Gemeindebezirke sowie Vertreter der Klubs aller im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien beteiligten. Als Ergebnis wurden von Bürgermeister Dr. Michael Häupl im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen und den Gemeinderatsklubs Briefe an den Bundesminister für Inneres sowie an den Bundesminister für Finanzen formuliert, in welchem folgende Forderungen Wiens an die beiden betroffenen Minister gerichtet wurden:

- keine Strukturveränderungen bei der Polizei zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung und des Bürgerservices vorzunehmen;
- keine Reduktion der Anzahl der Wachzimmer zuzulassen;

keine weitere Personalreduktion bei der Sicherheitswache und beim Kriminaldienst zu dulden;

den Personalaufnahmestopp bei der Wiener Polizei unverzüglich aufzuheben und

- angesichts des sich bereits abzeichnenden Abganges einer großen Anzahl Wiener Kriminalbeamten zum Bundeskriminalamt sofort einen Kriminalbeamtenkurs einzuberufen, um den Stand der Wiener Kriminalbeamten aufzufüllen.

Ebenso wurde der Bundesminister für Inneres aufgefordert, die Stadt Wien und insbesondere die Wiener Gemeindebezirke unverzüglich in den Diskussionsprozess über die Polizeireform einzubinden.

Auch in anderen Städten und Ländern wurden einstimmige Resolutionen beschlossen, um den hohen Standard der Polizei und der Sicherheit durch die Auflösung von Sondereinheiten und die Reduktion von Planstellen nicht zu gefährden (siehe z.B. Beschluss des Salzburger Landtages vom 9. Mai 2001).

Die unterzeichneten Abgeordneten unterstützen die Forderungen von Bürgermeister Häupl, die im Einvernehmen mit den Bezirksvertretungen und den Gemeinderatsklubs erarbeitet wurden, voll inhaltlich.

Im Gegensatz dazu hat der Bundesminister für Inneres in seiner Beantwortung vor dem Bundesrat ausgeführt, dass hinsichtlich des Wachzimmerstrukturkonzeptes in Wien noch keine Aussagen getroffen werden können und auch der Zeitpunkt einer Entscheidung über dieses Konzept noch nicht abschätzbar ist.

Am 4. September d.J. hat der Bundesminister für Inneres eine Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hlavac betreffend die Personalsituation und Schließung von Wachzimmern in Wien-Döbling "beantwortet", wobei er festgehalten hat, dass der Aufteilungsschlüssel für den Stellenplan 2002 noch nicht feststehe, weshalb über die Verteilung von Planstellen im Jahr 2002 auf die Bezirke noch keine Aussagen getroffen werden können.

Er betonte dabei auch, dass die bundesfinanzgesetzlichen Vorgaben für die Jahre 2001 und 2002 eine restriktive Aufnahmepolitik erforderlich machen, wobei aber auch hier noch keine konkreten Aussagen getroffen werden können.

Die unterzeichneten Abgeordneten betrachten die Vorgangsweise des Bundesminister für Inneres als unverantwortlich. Es kann nicht angehen, dass das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen hinter dem Mythos Nuldefizit angesiedelt ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Wann haben Sie bezugnehmend auf den einstimmigen Beschluss aller Wiener Gemeinderatsklubs und Bezirks Vertretungen Gespräche mit den Bezirksrepräsentanten des Wiener Gemeindebezirkes Neubau geführt?
2. Welche Ergebnisse brachten diese Gespräche?
3. Ist die Evaluierung des Wachzimmerstrukturkonzeptes nun schon abgeschlossen? Wenn ja, welche Konsequenzen ergeben sich für Wien im Gesamten und den Bezirk Neubau im Besonderen?
4. Soll das Bezirkspolizeikommissariat Neubau geschlossen werden und mit einem Bezirkspolizeikommissariat eines anderen Wiener Gemeindebezirkes zusammengelegt werden?
5. Wenn ja, welchen Zeitplan sehen Sie dafür vor?
6. Wieviele Dienstposten sind gegenwärtig für den Bezirk Neubau vorgesehen? Wieviele Dienstposten sind für das Jahr 2002 und das Jahr 2003 vorgesehen?
7. Wieviele Bürgerinnen und Bürger haben einen Amtskontakt zum Bezirkspolizeikommissariat Neubau in den Jahren 1998, 1999, 2000 und 2001 gesucht?
8. Um welche Art von Kontakten hat es sich dabei ausgedrückt in Anteilen an den Gesamtkontakten gehandelt?
9. Beabsichtigen Sie Veränderungen an der Wachzimmerstruktur im Bezirk Neubau vorzunehmen? Wenn ja, welche?

10. Wie hoch waren die Investitionen in die Ausstattung der Wachzimmer in den Jahren 1990 bis 1999 bzw. 2000 und 2001 ?
11. Wie hoch waren die Investitionen in die Ausstattung des Bezirkspolizeikommissariates Neubau in den Jahren 1990 bis 1999 bzw. 2000 und 2001?
12. In verschiedenen Medien wurde dargestellt, dass offensichtlich der 7., 8. und 9. Wiener Gemeindebezirk in den Zuständigkeitsbereich eines Polizeikommissariats überlegt wird. Sollte dies der Realität entsprechen, ersuchen wir um Darstellung der sicherheitspolitischen Überlegungen, warum die Mariahilferstraße nicht in die örtliche Zuständigkeit eines Polizeikommissariats geplant wurde?